

Der Milliarden-Franken-Kuss

Der Bundesrat will von der Europäischen Union keine Gegenleistung für die 1,3 Milliarden Franken Osthilfe

Von Andrea Sommer, Bern

Im Vorfeld des Besuchs des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker war viel spekuliert worden. Als gestern Bundespräsidentin Doris Leuthard gemeinsam mit Juncker vor die Medien trat, wurde allerdings rasch klar, dass bei den Gesprächen keine bahnbrechenden Resultate erzielt wurden. Oder um es mit Junckers Worten zu sagen: «Nichts Neues mit Juncker.» Dieser war bei seinem Auftritt sichtlich gut gelaunt, was wohl auch daran lag, dass er nicht mit leeren Händen nach Brüssel zurückkehren musste.

Denn was allenthalben vermutet wurde, bestätigten die beiden gestern: Der Bundesrat hat der EU weitere 1,3 Milliarden Franken Osthilfe zugesichert. Dies in zwei Tranchen: 200 Millionen Franken für den Bereich Migration. Das Geld soll allen EU-Mitgliedern zugutekommen, was so viel heisst, dass auch Italien und Griechenland profitieren können. Den Löwenanteil von 1,1 Milliarden soll in Bildungsprojekte in den neuen EU-Staaten fliessen.

Rahmenvertrag soll bald vorliegen

Im Gegenzug erhält die Schweiz für die 1,3 Milliarden Franken nichts. Um den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, betonten Juncker und Leuthard wiederholt, das Schweizer Engagement in Ost- und Zentraleuropa habe seit 1990 Tradition. Seit 2004 bezahlt die Schweiz dafür jährlich 130 Millionen Franken. Der Bundesrat verknüpfe die Ostmilliarde nicht mit politischen Interessen, sagte Leuthard. Er habe sich dafür entschieden, weil sich die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU positiv entwickelt habe. Was



«Nichts Neues mit Juncker.» Bundespräsidentin Doris Leuthard begrüsst in Bern EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Foto Keystone

dies für das wichtigste Dossier, das institutionelle Rahmenabkommen, bedeutet, liessen Leuthard und Juncker gestern indes weitgehend offen. Leuthard meinte lediglich, die Verhandlungen würden fortgesetzt und sollten nächsten Frühling abgeschlossen sein. Juncker, der lieber von einem «Freundschaftsvertrag» sprach, sagte, die Verhandlungen gingen aus Schweizer Sicht in die richtige Richtung, man habe zu «Flexibilität gefunden». Ob dies

für die Frage gilt, ob im Konfliktfall der Europäische Gerichtshof zuständig ist, blieb offen.

Leuthard betonte, wie bereits im April nach ihrer Brüssel-Reise, in verschiedenen Dossiers hätten Fortschritte erzielt werden können. So habe die EU eingewilligt, ihr CO₂-Emissionshandlungssystem mit demjenigen der Schweiz zu verknüpfen – das entsprechende Abkommen wurde gestern unterzeichnet. Weiter wurde ein Abkommen para-

phiert, das den Schweizer Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf die Eurodac-Datenbank ermöglicht, das Identifizierungssystem für Fingerabdrücke von in anderen Dublin-Staaten erfassten Asylbewerbern. In weiteren Dossiers wie dem Versicherungsabkommen stehe ein Durchbruch bevor. Offen ist der Entscheid zur Gleichwertigkeitsanerkennung der Börsenregulierung. Laut Juncker befasst sich die EU-Kommission im Dezember damit.

«Befehlsausgabe» für Cassis

Zwar hat der Bundesrat Juncker gestern die Zahlung der Ostmilliarde zugesichert. Allerdings muss erst noch das Parlament über die Kredite befinden. Die Vorlage dazu soll laut Leuthard im Frühling vorliegen – zeitgleich mit dem Rahmenabkommen.

Eric Nussbaumer, SP-Nationalrat (BL) und Mitglied der ausserpolitischen Kommission (APK), zweifelt nicht an der Zustimmung des Parlaments. Dass die Kohäsionszahlung nicht an Bedingungen geknüpft ist, hat für ihn Vorteile. So könne die Schweiz die Höhe des Beitrags selber bestimmen. «Unser Beitrag ist tiefer als derjenige, den die EWR-Mitglieder zahlen müssen.» Insgesamt wertet er den Besuch Junckers positiv, auch wenn offen bleibt, wie es mit dem Rahmenvertrag weitergeht. Klar sei indes, dass der von Leuthard angekündigte Terminplan keinen Platz lasse für den von Aussenminister Ignazio Cassis angekündigten Reset-Knopf. «Das war eine kollegiale Befehlsausgabe für das Aussendepartement.»

«Ohne Gegenleistung der EU war das mit 1,3 Milliarden Franken ein teurer Kuss», sagt Roland Rino Büchel in Anspielung auf Junckers Begrüssungsküssen für Doris Leuthard. Den SVP-

Nationalrat (SG) und APK-Präsidenten ärgert, dass auch Länder wie Griechenland von der Ostmilliarde profitieren könnten. «Man kann doch nicht einfach den Bestimmungszweck ändern.» Er würde sich wünschen, dass Cassis den Reset-Knopf drückt. Zumindest für die FDP, damit sich die Fraktion im Parlament gegen die Ostmilliarde ausspreche. «Im Vorfeld haben FDP-Parlamentarier wie Ständerat Damian Müller gesagt, sie würden die Vorlage bekämpfen, wenn der Bundesrat bedingungslos zahlen will.»

Das habe er nicht so gesagt, präzisiert Müller auf Anfrage. Er fordert aber eine klare Strategie des Bundesrats für die Beziehung gegen die EU. Die Regierung müsse aufzeigen, dass sämtliche Dossiers deblockiert seien und für welche Projekte die Ostmilliarde verwendet würden. Auch FDP-Präsidentin Petra Güssi fordert eine Gesamtstrategie. Sie erwarte, dass das Geld für Projekte ausgegeben werde, die auch der Schweiz nützten. Ignazio Cassis' Reset-Ankündigung sei nicht als kompletter Neubeginn zu verstehen. «Es geht dabei vielmehr um eine Entgiftung der Begriffe und die Rückkehr zu einer sachlichen Diskussion.»

CVP-Präsident Gerhard Pfister ist voll des Lobes für «seine» Bundesrätin Doris Leuthard. Wichtig sei, dass sich die bilateralen Beziehungen normalisiert hätten. «Das hat Doris Leuthard in diesem Jahr erreicht.» Bei der Ostmilliarde werde sich die CVP dafür einsetzen, dass ein Teil des Geldes in den Ländern eingesetzt werde, die mit der Migration stark gefordert seien. Beim Rahmenabkommen rät Pfister zu mehr Coolness: «Das Wichtigste, der Erhalt der bilateralen Beziehungen, ist erreicht, den Rest entscheidet das Bundesparlament.»

Kommentar

Juncker lässt die Schweiz im Regen stehen

Von Michael Surber



Für Jean-Claude Juncker «bewegt sich alles in die richtige Richtung». Auch ist für den EU-Kommissionspräsidenten der Institutionelle Rahmenvertrag,

der schon längere Zeit von EU gefordert wird, «eigentlich ein Freundschaftsvertrag» – Rahmenabkommen sei so ein «schreckliches Wort». Also endlich alles gut im Verhältnis Schweiz – EU? Mitnichten. Dass Jean-Claude Juncker gestern bei der Pressekonferenz in Bern solche rosige Formulierungen in den Saal warf, erstaunt nicht. Denn nur Minuten zuvor informierte Bundespräsidentin Doris Leuthard, dass die Schweiz auch in Zukunft einen Kohäsionsbeitrag von 1,3 Milliarden Franken in EU-Länder investieren wird. Interessant war dabei schon immer die Frage, was die Schweiz im Gegenzug bekommt. Auch dies ist seit gestern klar: wenig. Da half es auch nicht sonderlich, dass Bundespräsidentin Leuthard ausführlich auf all jene Bereiche im bilateralen Verhältnis mit der EU hinwies, in denen seit dem letzten Treffen im April Fortschritte erzielt worden seien. Substantielles war in dieser Aufzählung nicht dabei. Der erneute Kohäsionsbeitrag, der nun der EU versprochen wurde, zahlte man offenbar der guten Atmosphäre wegen. Die Bundespräsidentin stellte

denn auch klar: «Der Bundesrat macht das nicht in Verknüpfung konkreter politischer Interessen.» Fragt sich einfach, weswegen denn sonst? Hat der Bundesrat gerade einen Trumpf in den endlosen Verhandlungen mit der Europäischen Union allzu billig aus der Hand gegeben? Alles deutet darauf hin. Da hilft es auch nicht, dass Juncker mit Blick auf den Rahmenvertrag andeutete, dass sich da einiges «für die Schweiz in die richtige Richtung»

Der Kohäsionsbeitrag an die EU zahlt man offenbar der guten Atmosphäre wegen.

bewege. Man erinnert sich: Am sogenannten «Freundschaftsvertrag» ist vor allem die EU interessiert, ein Entgegenkommen von dieser Seite sollte also nicht zu allzu grossen Freudenstrümpfen verleiten. Freude hatte Juncker nicht nur wegen der Kohäsionsmilliarde, sondern auch wegen des «Kaiserwetters». Am Nachmittag würde sich das Wetter jedoch ändern, prophezeite Juncker: «Die Schweiz lasse ich dann mit dem Regen alleine.» Wenngleich er irrte und es nichts war mit Regen, so hatte Juncker zumindest im übertragenen Sinne recht: Dem EU-Kommissionspräsidenten wurde gestern vom Bundesrat ein kaiserlicher Empfang bereitet. Die EU erhält über eine Milliarde Franken, in wichtigen Dossiers hält diese noch immer die Zügel in der Hand. Und die Schweiz steht nach gestern noch etwas begossener da als schon zuvor. michael.surber@baz.ch

ANZEIGE

digitec
1 von 10 Geräten

Audio + HiFi Bürobedarf Drucker +
Gaming Gadgets Navigation + Uhren
Tablets PCs + Server PC Kom
Telekommunikation TV
Speicher
Audio + HiFi Bürobedarf Drucker +
Gaming Gadgets Navigation + Uhren

**Ein dunkler Tag für hohe Preise:
Black Friday erobert digitec.ch**